

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
23. Juli 2018

Beginn der Sitzung: 18:10 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Ort: Waldshut,
Katholisches Gemeindehaus

Öffentliche
Sitzung

Zu Beginn der Sitzung informiert Oberbürgermeister Dr. Frank über die in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschuss gefassten Beschlüsse. Bürgermeister Baumert informiert über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.

Der Oberbürgermeister informiert außerdem über den Sachstand zum Kornhaus Waldshut und über die mit den Kornhaus-Nutzern stattgefundene Besprechung. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse würden nun aufbereitet und dem Gemeinderat nach der Sommerpause vorgestellt werden.

90.

Stauproblematik im Bereich Zollhof: Änderung der Verkehrsführung und Varianten zur Einrichtung eines weiteren Vorstauraumes

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter des Zollamtes Waldshut, Herrn Dillinger, und führt in die Thematik ein.

Sachgebietsleiter Jürgen Wiener erläutert die Sitzungsvorlage, die vorgesehene Änderung der Verkehrsführung und drei mögliche Varianten zur Einrichtung eines weiteren Vorstauraumes sowie deren voraussichtliche Kosten anhand einer Präsentation.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, meint, dass er eine Lösung der Stauproblematik nur in einer zweiten Rheinbrücke sehe. Man werde zwar zustimmen, sehe aber bezüglich der Kosten den Bund in der Pflicht.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, meint, dass das momentane Angebot für LKW-Fahrer zu attraktiv und zu preiswert gegenüber anderen Grenzübergängen sei. Auch er sehe den Bund in der Pflicht; man solle aber die Zollabfertigung nicht noch attraktiver machen.

Auf Frage von Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, nach der Kostenbeteiligung des Bundes bei den drei vorgeschlagenen Varianten, antwortet Herr Wiener, dass es das Ziel sei, dass der Bund sämtliche Kosten übernehme.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, fordert in Bezug auf eine zweite Rheinbrücke, die Schweiz und den Bund in die Pflicht zu nehmen.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass die Annahme des erweiterten Vorstauraumes mit der Höhe der Gebühren stehe und falle.

Auf Frage von Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, wie sich die Situation für die Anwohner der Kupferschmidstraße darstelle, antwortet Herr Wiener, dass sich diese durch die vorgeschlagene Änderung der Verkehrsführung verbessere. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Anordnung einer Einbahnstraße in der Kupferschmidstraße im Bereich Einmündung L161 bis Einfahrt zum Vorstauraum am Zollhof wird zugestimmt.
2. Der Einrichtung eines weiteren Vorstauraums unter der Verfolgung der Variante (1,2 oder 3), wird unter der Voraussetzung der Kostenübernahme durch den Bund zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Nichtteilnahmen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

91.

Bürgerbegehren Freibad Waldshut:

Beschlussfassung und weiteres Verfahren

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die anwesenden Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens, Christiane Maier, Thomas Scheibel und Gerd Jacobshagen und führt in die Thematik ein.

Wahl-Sachbearbeiter Klaus Teufel, Geschäftsstelle Gemeinderat, erläutert die Sitzungsvorlage.

Im Rahmen der durchzuführenden Anhörung nehmen die Vertrauenspersonen Christiane Maier und Thomas Scheibel zum beantragten Bürgerbegehren Stellung. Das hierbei verwendete Redemanuskript ist dem Protokoll beigelegt.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, stört sich an der vorgeschlagenen Fragestellung. Insbesondere an der Formulierung „... und langfristig durch die Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH weiter betrieben werden“. Langfristig sei ihm zu ungenau und könnte mit dauerhaft gleichgesetzt werden; er wolle aber die Stadtwerke GmbH, die ein Wirtschaftliches Unternehmen sei, nicht für einen so langen Zeitraum belasten. Er stellt den Änderungsantrag, das Wort „langfristig“ aus der Fragestellung zu streichen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, stellt den Änderungsantrag, die Wörter „wie bisher“ aus der Fragestellung zu streichen, weil seines Erachtens ein Weiterbetrieb des Waldshuter Freibades ohne Sanierung nicht möglich sei.

Nach weiterer Erörterung nimmt Vertrauensperson Thomas Scheibel zu den beiden Änderungsanträgen Stellung. Er verweist hierzu auf ein ihm bekanntes VGH-Urteil, wonach die Gemeinde die Fragestellung für den Bürgerentscheid gegenüber der im Bürgerbegehren genannten Frage nicht verändern dürfe.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, über die Beschlussanträge und Änderungsanträge abzustimmen und die Fragestellung rechtlich überprüfen zu lassen. Für den Fall, dass nach dieser Überprüfung eine nochmalige Beschlussfassung der Fragestellung notwendig werde, kündigt er eine Sondersitzung des Gemeinderates am 9. August an.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass das am 14.06.2018 eingereichte und als Anlage beigelegte Bürgerbegehren gemäß § 21 Abs. 3 Gemeindeordnung (GemO) zulässig ist und nimmt den darin aufgeführten Kostendeckungsvorschlag zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat setzt als Termin für den Bürgerentscheid **Sonntag, 21. Oktober 2018** fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3. Beschluss: (Änderungsantrag Stadtrat Maier)

Der Gemeinderat beschließt, das Wort „langfristig“ aus der Fragestellung für den Bürgerentscheid zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Nichtteilnahmen

4. Beschluss: (Änderungsantrag Stadtrat Albiez-Kaiser)

Der Gemeinderat beschließt, die Wörter „wie bisher“ aus der Fragestellung für den Bürgerentscheid zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
8 Nichtteilnahmen

Damit ist der von Stadtrat Albiez-Kaiser gestellte Änderungsantrag abgelehnt.

5. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für den Bürgerentscheid die Fragestellung: „Soll das Waldshuter Freibad wie bisher geöffnet bleiben und durch die Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH weiter betrieben werden?“

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Nichtteilnahmen

Nach den Vorschlägen der einzelnen Fraktionen bzw. Parteien für die Beisitzer und Stellvertreter des zu bildenden Gemeindewahlausschusses erfolgt nachfolgender

6. Beschluss:

Für die Durchführung des Bürgerentscheides bildet der Gemeinderat einen Gemeindewahlausschuss wie folgt:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank (kraft Gesetzes)
Stellv. Vorsitzender:	Bürgermeister Joachim Baumert (kraft Gesetzes)
Beisitzer/innen:	Waldemar Werner (CDU)
	Claudia Hecht (SPD)
	Thomas Hilpert (FW)
	Harald Ebi (FDP)
Stellv. Beisitzer/innen:	Peter Kaiser (CDU)

Gerhard Vollmer (SPD)

Paul Albiez-Kaiser (GRÜNE)

Paul Klahn (DIE LINKE)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

7. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bürgerentscheid vorzubereiten. Für die Durchführung des Bürgerentscheids werden auf HHSt. 01.0520.4000000 (Entschädigung Wahlhelfer) 6.600 €, auf HHSt. 01.0520.650000 (Stimmzettel, Vordrucke, Ausstattung Wahllokale, Infomaterial etc.) 7.500 € und auf HHSt. 01.0520.652000 (Portokosten für Versand Wahlbenachrichtigungen und Briefwahl) 8.000 € außerplanmäßig bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

92.

Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Waldshut-Tiengen: Aktuelle Information und Bericht Integrationsmanagement

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Knoth, Frau Huber und Frau Hauser vom Caritasverband Hochrhein.

Frau Knoth und Frau Huber stellen ihre Tätigkeit im Bereich Integrationsmanagement anhand einer Präsentation vor und beantworten verschiedene Fragen.

93.

Bebauungsplan „Homburg“: Entwurfsplanung für die Erschließung des Baugebietes

Bürgermeister Baumert erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der mehrheitlich Zustimmung empfiehlt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Entwurfsplanung für die Erschließung des Baugebietes „Homburg“ zu und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Tiefbauarbeiten auf Grundlage der VOB/A öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

94.

**Breitbandversorgung in den Ortschaften:
Vergabe und Sachstandsinformation**

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in die Thematik ein und erläutert die Sitzungsvorlage.

Sachgebietsleiter Norbert Bodmer, Hauptamt, und Gerhard Albicker erläutern den Stand der Planung und der Ausbauarbeiten zur Breitbandversorgung in den Ortschaften und beantworten verschiedene Fragen. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest, dass die Telekom Deutschland GmbH das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des 2. Verfahrensbriefs der Stadt und des Angebots der Telekom Deutschland GmbH die finalen Zuwendungsbescheide zu beantragen, die für einen Vertragsschluss weiteren erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, insbesondere den Entwurf des Netzzerrichtungs- und -betriebsvertrages der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben, und den Vertrag dann abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

95.

**Beschaffung Feuerwehr-Einsatzkleidung:
Vergabe**

Michael Deck, Hauptamt, erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag an die Fa. Texport zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

96.

Umstellung auf die kommunale Doppik:

a) Bildung der Teilhaushalte

b) Budgetierung

Beschluss

Oberbürgermeister Dr. Frank informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einen produktorientierten Aufbau der Teilhaushalte und die Bildung der Teilhaushalte, wie in der Anlage 1 dargestellt.

Der Gemeinderat beschließt die Bildung der Budgets, wie in der Anlage 2 und unter Punkt b dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

97.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

98.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

99.

Verschiedenes

Spende für Freibad Waldshut

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, erkundigt sich, wer der Empfänger der Spende von 1 Mio. € für das Freibad Waldshut sei. Oberbürgermeister Dr. Frank verweist diesbezüglich auf einen noch stattfindenden Gesprächstermin mit Pro Freibad Waldshut.

Asylbewerberunterkunft Badstraße

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, möchte, dass die Stadt bei der Asylbewerberunterkunft in der Badstraße eine Spielmöglichkeit, zumindest einen Sandkasten, aufstellt. Kämmerer Klaus Lang verweist diesbezüglich auf die Zuständigkeit des Landkreises, da die Asylbewerberunterkunft komplett an diesen vermietet sei. Stadträtin Döbele entgegnet, dass sie hierfür die Stadt als Gebäudeeigentümer in der Pflicht sehe. Oberbürgermeister Dr. Frank sagt eine Überprüfung zu.

Nachnutzung Altes Langenstein-Stadion

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, erkundigt sich nach der vorgesehenen Nachnutzung für das Alte Langenstein-Stadion. Oberbürgermeister Dr. Frank verweist hierzu auf den im Bau- und Umweltausschuss gefassten Beschluss, der dem Gemeinderat am 9. Juli zur Kenntnis gegeben worden sei.

100.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

gez.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

Klaus Teufel
Protokollführer